

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1865

5.2.1865 (No. 31)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 5. Februar.

N. 31.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 3 fr. u. 2 fl. 2 fr.
Einkaufsgebühr: die gepaltene Petitzeile oder deren Raum 5 fr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1865.

Telegramme.

Frankfurt, 4. Febr. Man meldet dem „Frankfurt. Journal“ aus authentischer Quelle aus Wien: Victor Emanuel sei angeblich aus Besorgnis vor dem Ausbruch eines Aufstandes plötzlich nach Florenz abgereist, und General Giardini sei aus Bologna nach Turin berufen worden zur Uebernahme des Kommando's an letzterem Ort.

Hamburg, 4. Febr. Die heute hier eingetroffene Kopenhagener „Berling. Ztg.“ meldet: Drei Führer der demokratischen Partei der Bauernfreunde sind unter Protest wegen der Nichtannahme der Christensen'schen Tagesordnung aus dem Reichsraths-Folkething ausgeschieden. Wahrscheinlich werden Andere nachfolgen, so daß dadurch die Kammer unvollständig gemacht würde.

Das Befinden des Prinzen Johann ist heute besser.

New-York, 25. Jan. (W. L. B.) Die Südstaatlichen haben die Forts Caswell, Keen und Campell in die Luft gesprengt; ebenso zwei Dampfer, — man glaubt „Cicamanga“ und „Zalahassa“. Admiral Porter gebietet baldigt Wilmington zu besetzen. Sherman marschirt auf Charlestown oder Branchville. Die Bundesexpedition ist 15 Meilen hinter Mobile angekommen. Die Friedensverhandlungen sind noch resultatlos. Ein Bericht sagt: Seward sei zum Gesandten nach London bestimmt.

Gold 205 1/2, Wechselkurs 226 1/2, Bonds 107 1/2, Baumwolle 82/85.

Deutschland.

Karlsruhe, 1. Febr. Aus einzelnen Erörterungen in öffentlichen Blättern geht hervor, daß die Befugnisse der protestantischen Kirche in Betreff der Bildung der Geistlichen irrtümlich aufgefaßt werden. Das Gesetz vom 9. Okt. 1860 spricht sich aber darüber klar aus.

Dasselbe sagt in § 8:

Die Kirchenämter werden durch die Kirchen selbst verliehen, unbeschadet der auf öffentlichen oder auf Privatrechtstiteln, wie insbesondere dem Patronat beruhenden Befugnisse; und in § 9:

Die Kirchenämter können nur an Solche vergabt werden, welche das badiſche Staatsbürger-Recht besitzen oder erlangen, und nicht von der Staatsregierung unter Angabe des Grundes als ihr in bürgerlicher oder politischer Beziehung mißfällig erklärt werden.

Die Zulassung zu einem Kirchenamt ist regelmäßig durch den Nachweis einer allgemeinen wissenschaftlichen Vorbildung bedingt.

Der Umfang derselben und die Art des Nachweises werden durch Verordnung bestimmt.

Der § 17 endlich erklärt alle mit dem Gesetz nicht vereinbaren Gesetze und Verordnungen für aufgehoben.

Hieraus folgt mit Unzweifelhaftigkeit, daß die Verpflichtung, ein Prediger- oder Priesterseminar zu besuchen, auf einer Verordnung des Staats nicht mehr beruht, und daß frühere Bestimmungen, welche von der Staatsregierung vor 1860 ergingen, ihren staatlichen Charakter verloren haben. Der Staat selbst verlangt nur den Nachweis der Vorbildung, wie sie auf Lyceen erlangt wird, und den Besuch einiger allgemein wissenschaftlichen Kollegien auf der Universität. Die Erfordernisse der theologischen Fachbildung bestimmt die Kirche. Die Staatsinstitute, die dafür in Heidelberg und

Freiburg bestehen, erhält der Staat in erster Reihe nur im Interesse der Kirchen.

Frankfurt, 2. Febr. (N. Pr. Ztg.) In der vergangenen Woche hat die anhaltinische Regierung der Bundesversammlung eine das Successionsrecht des herzoglichen Hauses in das Herzogthum Lauenburg betreffende Rechtsausführung zur Widerlegung und Bekämpfung der von dem sachsen-ernestinischen Hause überreichten Denkschrift einreichen lassen. Dasselbe Schriftstück ist auch den deutschen Regierungen zugesertigt worden. Die Schrift zerfällt in sechs Abschnitte. Der Abschnitt VI lautet:

So fest sich das herzogl. Haus Anhalt seines Rechts in dieser Successionsfrage bewußt ist, so verkennt es dabei gleichzeitig nicht, daß für die praktische Lösung dieser Frage das Interesse der Sicherheit und der Machtstellung Deutschlands gleichmäßig in den Vordergrund tritt. Das herzogl. Haus wird sich deshalb auch einem Arrangement nicht entziehen, durch welches diese verschiedenen Interessen vereinigt und gewahrt werden.

Frankfurt, 3. Febr. Großherzogthum Hessen gab in der Bundestags-Sitzung vom 19. Jan. über die Verhandlungen des internationalen Genfer Kongresses folgende Erklärung ab:

Auf die im Juni v. J. seitens des schweizerischen Bundesraths an den Deutschen Bund ergangene Einladung zu einem internationalen Kongresse in Genf behufs Feststellung von Grundsätzen über die Pflege der im Kriege Verwundeten hat die h. Bundesversammlung am 28. Juli v. J. den Beschluß gefaßt, „den Zweck der Einladung des schweizerischen Bundesraths in der Art zu fördern, daß sie den h. Regierungen die Theilnahme an dem allgemeinen am 8. Aug. v. J. in Genf abzuhaltenden Kongresse anheimgibt, sowie diejenigen h. Regierungen, welche sich dabei durch besondere Abgeordnete vertreten zu lassen beabsichtigen, ersucht, ihr i. J. von den Resultaten der fraglichen Verhandlungen Mittheilung machen zu wollen.“ In Gemäßheit des in diesem Beschlusse ausgesprochenen Ersuchens hat die großh. hessische Regierung, welche sich an den Genfer Verhandlungen durch Abordnung eines besonders Bevollmächtigten betheiligt hat, den Gesandten beauftragt, der h. Bundesversammlung nunmehr die gewünschte Mittheilung von dem Resultate jener Verhandlungen zu machen. Demzufolge beehrt sich der Gesandte, hiermit einen Abdruck von sieben Sitzungsprotokollen der Genfer Konferenzen nebst zwei Anlagen zu überreichen. Die zweite dieser Anlagen enthält als das eigentliche Ergebnis der Verhandlungen den Text einer unter dem 22. Aug. v. J. vereinbarten Konvention zur Linderung des Looses der im Kriege Verwundeten Soldaten. Ferner fügt der Gesandte Abschrift zweier Protokolle vom 22. Dez. v. J. bei, welche sich auf den Austausch der Konvention vom 22. Aug. betreffend die Ratifikationen, sowie auf die Form des Beitritts weiterer Staaten zu dieser Uebereinkunft beziehen. Hierzu ist noch zu erwähnen, daß außer den Regierungen, welche nach Inhalt dieser Protokolle die Konvention vom 22. Aug. v. J. bereits ratifizirt haben, auch noch die k. Regierung von Schweden und Norwegen, laut einer am 13. Dez. v. J. zu Stockholm ausgefertigten Beitrittserklärung, sich der fraglichen Uebereinkunft angeschlossen hat. Schließlich hat der Gesandte mit dieser Vorlage Namens der großh. Regierung zugleich den Antrag zu verbinden: h. Bundesversammlung wolle die Frage des Beitritts zu den in der Genfer Konvention vom 22. Aug. v. J. enthaltenen Grundsätzen in Erwägung ziehen und darüber Beschluß fassen.

Der Antrag wurde bekanntlich dem Militärausschuß zugewiesen.

Wiesbaden, 4. Febr. Durch Beschluß der Regie-

rung ist gestern die „Mittelrheinische Zeitung“, das letzte liberale Blatt des Herzogthums, auf zwei Monate, bis 1. Apr., suspendirt worden. Als Grund wurde angegeben: „wegen der fortgesetzt auf Erregung von Haß und Verachtung gegen die herzogl. Regierung berechneten Haltung, sowie wegen wiederholter Angriffe auf die Amts- und Dienstehre herzogl. Beamten.“ Das Verbot macht großes Aufsehen. Eine Deputation angesehenen Bürger bezog sich sofort zu dem Staatsminister Prinzen Wittgenstein, welcher erklärte, das Verbot sei ohne Vorwissen des Ministeriums erfolgt; er werde suchen, das Verbot wieder rückgängig zu machen. Heute wird eine Massen-Deputation an das Staatsministerium abgehen, um ein sofortiges Aufheben des Verbots zu erbitten.

Kassel, 2. Febr. (Fr. Z.) Der Ständeversammlung wurde in ihrer heutigen öffentlichen Sitzung zunächst ein neues Gesetz vorgelegt, die Verwerthung der Staatsforstnutzungen betreffend. Man beschloß auf Antrag des Abg. Ziegler, dasselbe einem besondern Ausschuß zu überweisen. Der Landtags-Kommissär beantwortete sodann eine Interpellation v. Bischoffshausen's, eine alt-südbairische Abrechnung mit Preußen betreffend. Die betreffenden Vereinbarungen, erklärte er, seien bereits genehmigt. Hierauf Fortsetzung der Beratungen des Staatsausgaben-Etats nach dem Referat des Abg. Weigel. Die 6 letzten Titel dieses Etats, umfassend die Einnahmen aus den Posten, aus den Staats-Eisenbahnen, aus dem Kapitalvermögen des Staats, die Ueberschüsse der Landes-Kredit-Kasse etc., wurden ganz nach den Anträgen des Ausschusses erledigt und die entsprechenden Beträge nach der Proposition der Staatsregierung überall eingestellt. In Betreff der Posten wurde auf weitere Anträge für heute verzichtet, weil Abg. Jungermann erklärte, daß er demnächst Namens des Ausschusses, für den er über den Briefporto-Antrag zu referiren habe, umfassende Vorschläge machen werde. Desto eingehender debattirte man über den Titel „Einnahmen aus den Staats-Eisenbahnen“; hierbei bestritt nämlich der Landtags-Kommissär die Forderung der landständischen Mitwirkung bei den Tarifbestimmungen, während Garnier und Andere für die ständische Forderung eintraten und ihre Berechtigung nachwiesen. Andere besprachen die dienstliche Stellung der Staats-Eisenbahn-Beamten, die mangelnden Pensionseinrichtungen, die ungeeignete Organisation der Direktion etc. In Betreff der Staats-Eisenbahnen wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

Die Staatsregierung zu ersuchen, durch eine umfassende Revision des Etats der Eisenbahn-Befordungen, Pensionen und Unterstützungen den gerechtfertigten Anforderungen der dienstlichen Beamten der Staats-Eisenbahnen so bald als möglich zu entsprechen; die Staatsregierung wiederholt zu ersuchen, eine geeignete Mitwirkung der Stände bei Bestimmung der Eisenbahn-Frachtarife herbeizuführen; dergleichen dieselbe wiederholt zu ersuchen, in Betreff der Einstellung des Vorschlags über die Betriebs-einnahmen und Ausgaben der Staats-Eisenbahnen in den Staatsgrundetat in Zukunft mindestens ein der demselben Behandlung der Berg-, Hütten- und Salzwerke analoges Verfahren einschlagen zu wollen.

Die Erledigung der rückständigen Ausgabeposten unterließ, da der Landtags-Kommissär erklärte, erst noch weitere Instruktionen erwarten zu müssen.

Weimar, 2. Febr. Die „Weim. Ztg.“ schreibt: Der Landtag beschäftigte sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Antrag der Abgg. Hering und Genossen, den früher bereits

Karlsruhe, 29. Jan. (Wintervorlesung. Schluß.) Während so die Kammern mehr als gut war, eine Thätigkeit entwickelten, die eine Regierung sich nie entziehen lassen darf, wenn sie sich nicht selbst ihres Einflusses auf die staatliche Entwicklung berauben will, war die Regierung nicht allzu freigebig mit Vorlagen an die Stände, und erst sehr spät wurde das Finanzgesetz der Zweiten Kammer vorgelegt. Die Prüfung desselben ergab ein sehr bedenkliches Resultat, indem sich ein oberflächlich verfaßtes Defizit von etwa einer halben Million herausstellte. In Folge dessen schlug man, ohne stets die rechten Schranken einzuhalten, fast bei allen Posten Ersparnisse vor, und der peinliche Eindruck jenes früheren Vorganges lähmte die Kraft der Vertreter der Regierung auch bei der Verteidigung unumgänglich notwendiger Positionen. Dies erzeugte eine Verstimmung, welche durch die Debatten über das am Vorabend der Kammereröffnung in neuer Fassung erlassene sog. Adelsedikt noch bedeutend geschärft wurde. Die Abgeordneten betrachteten dieses Vorgehen als eine Verhöhnung der ständischen Rechte. Eine der ersten Motionen beantragte eine Bitte um Nichtvollzug des Adelsedikts, und der zum Berichterstatter darüber gewählte Geh. Referendar Winter suchte in einer Rede, die ihn in der ganzen zivilisirten Welt berühmt machte, nachzuweisen, wie verwerflich diese Maßregel sei, und wie dadurch die Rechte der Krone zu Gunsten des Adels hingeeopfert würden.

Die Niederlage, welche die Regierung dadurch erlitt, wurde noch empfindlicher durch eine bei der Diskussion von Liebenstein gehaltenen Rede, worin der Sach aufgestellt wurde, daß ein Bundesbeschluß nach allen Rechtsgrundsätzen nur nach erfolgter Zustimmung der Stände Gesetzeskraft erhalten könne.

Während jedoch die Namen der badiſchen Redner in den Blättern von Paris und London, mit rühmender Auszeichnung genannt wurden, zeigte sich am Tage des Bundestages die größte Enttäuschung darüber, und ängstliche Gemüther fürchteten in Baden schon als Folge

davon eine schlimme Wendung der Territorialfrage, und riefen dem Großherzog zur Aufhebung der Kammer und zur Dienstentlassung Winter's. So weit ging die Regierung nicht; aber man ertheilte der Zweiten Kammer wegen ihrer Angriffe auf die Kompetenz der Bundesversammlung eine Verwarnung und machte sie aufmerksam auf die Unzulässigkeit solcher Aeußerungen.

Als nun auch in der Ersten Kammer der ruhige Thibaut sich als Redner gegen das Adelsedikt einschreiben ließ, und auch noch von anderer Seite Widerspruch zu befürchten war, schnitt ein ungnädiges Verbotsgesetz des Großherzogs am 28. Juli alle weiteren Debatten ab.

So endete in Unfrieden die erste Zusammenkunft der badiſchen Stände. Die Regierung zog zwar das Adelsedikt zurück; aber von dem Vielen, was in Angriff genommen war, kam zunächst Nichts zur Vollenbung. Kein Finanzgesetz war vereinbart, und das zur Ordnung des Staatshaushaltes notwendige Anleihen, an dessen Genehmigung Niemand gezweifelt hatte, war nicht bewilligt.

Am Tage nach der Vertagung der Stände reiste Minister v. Versteck zu dem Kongreß ab, der sich unter dem Vorſitze des Fürſten Metternich zu Karlsbad versammelte. Die Wiederberufung der badiſchen Stände erfolgte im Jahr 1820, während derselbe badiſche Minister an der Wiener Schlußakte mitarbeitete. Die gewaltthätige Politik dieser Kongresse hat auch auf unser Verfassungsleben lähmend eingewirkt und dessen gesunde und frische Entfaltung eine Zeit lang aufgehalten.

London, 2. Febr. Die beiden rasch einander folgenden Feuerbränne, welche das Theater in Edinburgh und das Surrey-Theater hier in London in Asche gelegt haben, erregen die Aufmerksamkeit und die Befürchtungen des Publikums von neuem, und es werden alle nur erdenklichen Vorschläge laut, welche derartigen Unglücksfällen vorzubeugen berechnigt sind. Die Londoner Theater-Zug-

nen sich nicht nur durch Vernachlässigung der einfachsten Vorsichtsmaßregeln aus — von Pompeius, die während der Vorstellung in den Gebäuden Wache halten, wie in andern Hauptstädten, ist hier gar keine Rede —, sondern sie sind auch ihrem Bau nach, was Feuergefahr betrifft, die schlechtesten in der ganzen Welt. Mit Ausnahme des neuen Coventgarden-Theaters sind sie fast sämmtlich aus den leichtesten Materialien aufgeführt, und haben dazu noch den Nachtheil, daß bei den meisten die miserabel engen und gewundenen Ausgänge dem Publikum die Flucht vor ausbrechenden Flammen fast abschneiden und statt des Feuer Todes die nicht minder drohende Gefahr des Erdrückungstodes in Aussicht stellen. Wenige Theater der Welt bergen auch in ihrem Innern eine solche Menge feuergefährlicher Stoffe; nicht allein die Garderobe, für welche man in andern Hauptstädten abgeforderte Räume eingerichtet hat, auch die zur Vereitung von Feuerwerken dienenden Materialien und Apparate befinden sich in der Nähe der Bühnen: ein Umstand, der gerade jetzt in der Saison der Pantomimen und ähnlicher Spektakelstücke zu begründeten Besorgnissen Anlaß geben müßte. Man sollte in England wohl am ersten erwarten, daß die Erbauer von Theatern zum Eisen ihre Zuflucht nehmen würden. Zwar ist dem Vorschlag, das ganze Gebäude in Eisen zu errichten, natürlich mit Ausnahme des Podiums, der Einwand entgegengestellt worden, durch eine solche Konstruktion werde der Schall leiden; doch ließe sich die gute Musik durch die Bekleidung der Eisentheile mit dünnem Holzwerk leicht wiederherstellen. Wie gesagt, drängen sich die mannichfaltigsten Pläne in die Öffentlichkeit, gerade so, wie es unmittelbar nach großen Eisenbahn-Unfällen zu geschehen pflegt; sind einige Wochen verstrichen, so werden Pläne und Befürchtungen wahrscheinlich wieder auf unbestimmte Zeit ad acta gelegt werden.

In Wien hat eine vieraktige romantische Oper „Goncini“ von Thomas Edw. am 1. Febr. eine sehr gute Aufnahme gefunden.

eingebachten Antrag derselben auf Abschaffung der Todesstrafe ohne vorherige Berathung im Ausschuss und Berichterstattung im Plenum des Landtags zu berathen. Da indessen der Hr. Antragsteller selbst erklärte, auf diesen Antrag zu verzichten, wenn sich eine Stimme im Landtag gegen denselben ausspräche, so wurde, nachdem der Hr. Abg. Bergfeld die formelle Unzulässigkeit des Antrags hervorgehoben, von der Verhandlung Abstand genommen, und wird der Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe von dem Landtag erst berathen werden, nachdem er in der vorgeschriebenen Weise im Ausschuss erörtert worden ist.

Dresden, 1. Febr. Die Wiener „Presse“ hatte die Ohnmacht der Mittelstaaten in ziemlich drastischer Weise beleuchtet. Das „Dresden. Journ.“ widmet den Ausführungen des österreichischen Blattes eine längere Entgegnung, der wir Folgendes entnehmen:

Beide deutsche Großmächte wissen die Vortheile des Bundes wohl zu würdigen, aber sie werden doch kein Haar mehr für Deutschland thun, als es ihren eigenen Interessen entspricht. Wenn sich Deutschland nicht selbst zu helfen versteht, die Großmächte können es nicht. Das ist die Erkenntnis, zu der auch die Mittelstaaten gelangen werden. Die Wahrheit ist, daß Oesterreich bei seinen besten Bestrebungen für Deutschland weder die Bundesverfassung, wie sie ist, konsequent gegen die von Preußen dazu eingenommene Stellung behaupten und durchzuführen, noch einer Reform derselben seine eigenen Institutionen und Bedingungen opfern kann. Wenn die Mittelstaaten ihre glückliche finanzielle Lage, in Verbindung mit einer aufrichtigen Handhabung konstitutioneller Einrichtungen, zu innerer Kräftigung benötigen und in ihrer Verbindung unter einander, nicht in der wechselnden Gunst der einen oder der andern Großmacht, ihren Halt suchen; wenn eine gemeinsame Vertretung und ein geeintes Militärwesen ihre materielle und moralische Kraft stärkt, dann, aber nur dann allein werden sie Deutschland etwas werden, dann werden beide Mächte für ihre deutschen Interessen und ihre deutsche Politik an ihnen wirkliche Bundesgenossen erlangen. Dann werden alle spezifisch preussischen und spezifisch österreichischen Interessen aufhören, Hemmnisse für Entwicklung einer geeinten deutschen Kraft zu sein.

Hamburg, 3. Febr. (Hrb. Journ.) Ein Wiener Privattelegramm der „Schlesw.-Holst. Ztg.“ sagt: „Oesterreich, von der Antwort Preußens unbefriedigt, wird in einer demnächstigen Antwortdepesche, am Vorschlag der Besitzübertragung an den Augustenburger festhaltend, peremptorisch die Festsetzung präzis formulirter Forderungen betreffs der Zukunft der Herzogthümer verlangen.“

Altona, 31. Jan. Wie die „Schlesw.-Holst. Ztg.“ meldet, wurde in einer heute stattgehabten Sitzung des Vorstandes des hiesigen Schleswig-holsteinischen Vereins einstimmig folgender Beschluß gefaßt:

Bei dem Engern Ausschuss den Antrag auf schleunigste Einberufung einer noch vor dem 15. Febr. abzuhaltenden Delegirtenversammlung zu erneuern. *Motive:* Außer dem Antrag der dithmarsischen Vereine auf Erlass einer gemeinsamen Erklärung, sowie dem von hier aus gestellten Antrag, daß die Delegirtenversammlung als solche ihre Zustimmung zu der Kieler Erklärung aussprechen möge — welche Anträge allerdings durch die lange Verzögerung der beantragten Einberufung einer Delegirtenversammlung ihre Bedeutung zum Theil eingebüßt haben — erscheint es bei der gegenwärtigen Lage dringend geboten, die bereits früher eingegangenen Anträge auf Abänderung verschiedener Bestimmungen des Statuts alsbald zu erledigen, und schon jetzt die Neuwahl eines Ausschusses für das mit dem 1. Apr. beginnende Halbjahr vorzunehmen.

Von dem vorstehenden Beschluß soll den andern Vereinen Benachrichtigung übermittelt und zugleich um Unterstützung des Antrags ersucht werden.

Berlin, 2. Febr. Die „Volkstz.“ berichtet: Die drei Präsidenten des Hauses der Abgeordneten haben in Folge einer an sie ergangenen Einladung dem gestern stattgefundenen Hofball beigewohnt. — Der General-Steuerdirektor v. Pommer-Esche ist vom König zum Wirklichen Geheimen Rath (Excellenz) ernannt worden. — Den Geh. Oberregierungs- und vortragenden Rath im Kultusministerium, Dr. Wiese, hat kürzlich der Unfall betroffen, durch Ausgleiten auf der Straße einen Armbruch zu erleiden. — In Woldeberg wurde für die Kreise Friedeberg und Arnswalde v. Sauten-Julienfelde zum Abgeordneten gewählt. — Aus Zerlöhn, 30. Jan., wird gemeldet: „Wie man der „Westph. Ztg.“ schreibt, wurde eine gestern hier abgehaltene Arbeiterversammlung, hauptsächlich aus Anhängern Lassalle's bestehend, durch den Bürgermeister Hülsmann aufgelöst und der Vorsitzende wegen Widersetzlichkeit verhaftet. Am folgenden Tage fanden zahlreiche Zusammenläufe von Arbeitern statt, und da es dabei zu Insultirungen und Verwundungen kam, bildete sich gegen Abend aus den Bürgern der Stadt eine Sicherheitswache, die abwechselnd und von der bewaffneten Macht begleitet und unterstützt die Straßen durchzog und die Ruhe bald wieder herstellte. Zahlreiche Verhaftungen sind vorgenommen.“

Berlin, 3. Febr. In der gestrigen Sitzung der hiesigen Stadtvorordneten-Versammlung erfolgte zunächst die Mittheilung eines vom Oberbürgermeister Seydel eingegangenen Schreibens, worin derselbe anzeigt, daß er auf Grund eines vom 1. d. M. datirten Erlasses der k. Regierung zu Potsdam gestern den Stadtkämmerer Hagen in seinen amtlichen Wirkungskreis wieder eingesetzt habe. Wie aus dem Regierungserlasse hervorgeht, ist Hr. Hagen in der gegen ihn eingeleiteten Disziplinaruntersuchung wegen Verletzung seiner Amtspflichten durch Ungehorsam gegen seinen Vorgesetzten mit einer Ordnungsstrafe von 100 Thalern belegt worden. Dies am 3. Dezember v. J. gesprochene Urtheil hat Rechtskraft erlangt, nachdem sowohl die Staatsanwaltschaft als der Angeklagte die dagegen angemeldete Berufung wieder zurückgenommen. — Durch Beschluß vom 19. Mai v. J. hatte die Versammlung an den Magistrat die Frage gerichtet, ob es nicht zweckmäßig sei bei Feststellung der Berechtigung zur Theilnahme an den Gemeindevahlen statt des Klassensteuer-Satzes von 4 Thln. ein Einkommen von mindestens 300 Thln. als Wahlrechts-Bedingung gelten

zu lassen. Vom Magistrat ist hierauf eine Antwort erfolgt, welche die Mitberücksichtigung der Miethsverhältnisse empfiehlt. Nach längerer Debatte beschloß gestern die Versammlung, zur gründlichen Erörterung der ganzen Angelegenheit auf die Einsetzung einer gemischten Deputation anzutragen. — Am Schluß der gestrigen Sitzung wurde noch der Antrag angenommen: „Diejenigen Personen, welche den Feldzug gegen Dänemark mitgemacht haben, sich vor ihrer Einberufung zu den Fahnen am hiesigen Orte bereits zur Niederlassung gemeldet hatten, und nach beendeter Feldzug wieder hieher zurückgekehrt sind, von der Zahlung des Einzugsgebeldes zu befreien.“ Der Antrag war dadurch hervorgerufen worden, daß der Magistrat von entlassenen Kriegern mit aller Strenge hatte Einzugsgebeld erheben lassen.

Der Zentralausschuß des Vereins zur Pflege der im Feld verwundeten und erkrankten Krieger ist unter dem Vorsitz des Prinzen Heinrich XIII. von Reuß jetzt damit beschäftigt, einen Rechenschaftsbericht über seine gesammte Wirksamkeit abzufassen. Alsbalb soll eine Generalversammlung stattfinden, um die weitere Thätigkeit des Vereins zu besprechen. Zur Besichtigung dieser Versammlung werden die bestehenden 73 Provinzial- und Lokalvereine eingeladen. — Der Kriegerverein Schleswig, bestehend aus den Landwehrmännern und Reservisten, welche den dänischen Feldzug mitgemacht haben, feierten gestern im Saal des Handwerker-Vereins den Jahrestag des Kampfes von Missunde. — Von den hiesigen Veteranenvereinen wurde heute die Gedenkfeste des königl. Auftrufs vom 3. Febr. 1813 begangen.

Berlin, 3. Febr. (W. K. V.) Die Meistbetheiligten der preussischen Bank nahmen heute einstimmig den Vorschlag des Handelsministers zur Errichtung von Filial-Bankanstalten in andern deutschen Städten und die dadurch bedingten Modifikationen der betreffenden Bestimmungen der Bankordnung, namentlich der §§ 2 und 5, an.

Wien, 31. Jan. (N. Fr. Ztg.) Im Finanzausschuß hat Graf Brinck heute eine Schwenkung gemacht, deren Tragweite sich noch nicht bemessen läßt. Derselbe beantragte, nachdem die unter dem Titel „politische Verwaltung der Kronländer“ vorzunehmenden Abstriche zu einer lebhaften Debatte zwischen den Mitgliedern des Ausschusses und dem Minister v. Laffer geführt hatten: „der Ausschuss wolle die abgebrochenen allgemeinen Verhandlungen mit dem Ministerium wieder antkuppeln, d. h. den Staatsminister um Einholung der Erklärung der Regierung ersuchen, daß das Gebührende dem Staatsbudget für 1866 annähernd, jedoch ohne Belastung des Kredits, und für 1866 gänzlich befreit werden soll;“ wogegen der Finanzausschuß dem Abgeordnetenhaus vorschlagen wolle, auf die von der Regierung verlangte Gestattung der Revidements und der sofortigen Berathung des Budgets für 1866 einzugehen.“ Abg. Herbst drückte sein Erstaunen über diesen Antrag aus; Schindler dagegen stellte das Verlangen, der Brincks'sche Antrag sei auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen und in der heutigen Verhandlung fortzuführen, was denn auch geschah. Aus den Verhandlungen selbst ist die scharfe Kritik hervorzuheben, mit welcher Schindler das Institut der Statthalterei bebaute; er hob die Thatfache hervor, daß in verschiedenen Statthaltereien Beamte bezahlt werden, die von hoher Geburt, bloß dazu da seien, aufbewahrt zu werden, um sich später plötzlich als Statthalter zu entpuppen; die tüchtigsten Beamten bürgerlichen Standes stiegen immer nur bis zu einer gewissen Stufe, oben aber in den Goldwolken hätten stets schon mit jungen Jahren Aristokraten Platz genommen. Daß Unnöthiges gearbeitet werde, beweise unter Anderm auch die Statthalterei, welche einen „geologisch-ultramontanen Wechselbalg“ protegirt und verbreitete, um die Errungenheiten der Wissenschaft zu untergraben. Minister v. Laffer erkannte im Allgemeinen die Nothwendigkeit des Sparens an, in dessen könne man nicht ohne Weiteres so und so viel Beamte ohne die größte Härte ihres Dienstes entheben. Auf die Ausfälle des Vordrömers in Betreff der Statthaltereien und des Marenz'schen Buchs werde er antworten, wenn sie im Plenum des Hauses vorgebracht werden sollten. Schindler nahm diese Zusage des Ministers an. Das Resultat der heutigen Sitzung ist der Abstrich von 339,000 fl. unter dem Titel „politische Verwaltung der Kronländer“.

Wien, 2. Febr. Der wesentliche Inhalt der am 30. Jan. hier mitgetheilten preussischen Antwortdepesche läßt sich dahin zusammenfassen, daß Preußen das Gutachten der Kronsynode abwarten zu müssen erklärt, um alsdann sich über die Interessen- und über die Besitzfrage zugleich auszusprechen zu können; alles Uebrige ist Weim. Das äußerlich freundlich gehaltene Atteststück stellt den Satz voran, der, wie schon in einer früheren Depesche, so auch neuerlich in der königl. Thronrede seinen Ausdruck gefunden, daß Preußen in der ganzen Frage unbedingt der Zustimmung Oesterreichs bedürfe; es führt dann weiter aus, daß, wenn Oesterreich und Preußen einig seien, ihr Vorgehen wenigstens thatsächlich den allein entscheidenden Einfluß auf die Lösung der Herzogthümerfrage üben werde; es kommt dann auf die besondere Stellung Preußens in dieser Frage zu sprechen. Preußen habe, als norddeutsche Macht, sobald es sich um irgendwelche Staatenbildungen im Norden handle, sehr positive militärische und maritime Interessen in's Auge zu fassen. Das sei nicht etwa bloß eine Behauptung Preußens, das sei eine Thatfache, welche Oesterreich selbst wiederholt und rückhaltlos zugestanden habe. Preußen habe demnach das Recht und in gewissem Sinne sogar die Pflicht — für sich und für Deutschland —, vor allen Dingen die bezeichneten Interessen definitiv sicher zu stellen; bis Das geschehen, müsse es die Uebertragung des Besitzes und selbst nur eines provisorischen Besitzes der Herzogthümer an irgendwelchen Dritten als durchaus unthunlich bezeichnen; es werde übrigens mit möglicher Beschleunigung diejenigen Forderungen präzisiren, welche es als unerlässlich betrachten zu müssen glaube; bis jetzt sehe ihm noch nicht das vollständige Material dazu zur Verfügung.

Italien.

Turin, 2. Febr. Die „Italia“ hebt heute mit Genugthuung hervor, daß am Abend des 31. Jan. wie den 1. Febr. über die größte Ruhe in Turin herrschte. Ein großer Theil der aufgetriebenen Nationalgarde wurde schon gegen 9 Uhr Abends wieder entlassen. Man hofft, daß die bedauerlichen Kundgebungen dieser Tage sich nicht mehr wiederholen werden. Die Municipaljunta von Turin hat folgende Proclamation an die Nationalgarde erlassen:

Die Municipaljunta erfüllt eine Pflicht, indem sie der Nationalgarde für die neuen feierlichen Beweise dankt, die sie in den letzten Tagen von ihrer Liebe zum Lande und von ihrer Anhänglichkeit an die nationalen Institutionen gegeben. Unsere Stadt, die stets Handlungen, die in Unordnung ausarten, mißbilligt, ist zur gewohnten Ruhe zurückgekehrt und theilt und bekräftigt diesen Dank. In einer solchen Einigung von Zuneigung und von Bestrebungen ruht die beste Bürgschaft einer sichern Zukunft für Alle. — Turin, den 31. Jan. Für die Junta: der Syndikus Rorac.

Gleichfalls nach der „Italia“ hat Graf Pasolini definitiv die Erlaubniß erhalten, aus der Präfektur von Turin auszuweichen. Er hatte schon einmal am 1. Decbr. kurz nach Annahme der Konvention durch den Senat seine Entlassung eingereicht, wurde aber damals gebeten, noch so lange im Amt zu bleiben, bis man für ihn einen Nachfolger gefunden haben würde.

Die „Opinione“ meldet, daß auch in Palermo wieder die vollkommenste Ruhe herrscht. Es wird gerichtlich gegen die eingeschritten, welche die Volksversammlung für Aufhebung der religiösen Körperschaften in dem Universitätsgebäude zu stören verjagt hatten.

Florenz, 3. Febr. (W. L. V.) Der König Victor Emanuel ist heute hier eingetroffen und hat einen enthusiastischen Empfang gefunden.

Frankreich.

Paris, 3. Febr. Unter dem Titel „Die französische Politik in Italien und die Broschüre des Mgr. Dupanloup“ veröffentlicht das „Mém. diplom.“ eine anscheinend inspirirte Vertheidigung der kaiserlichen Regierung gegen die Anschuldigungen des Bischofs von Orleans.

Genüß — heißt es in diesem Artikel — wenn man nur die allmächtigen Annerkennung der päpstlichen Provinzen und Frankreich, welches das Gewehr beim Fuß Piemont gewöhren läßt, in's Auge faßt, hat Mgr. Dupanloup Recht, das Tuilerienkabinet der systematischen Gleichgültigkeit zu beschuldigen. Für diejenigen aber, welche die Geschichte der Jahre 1859 und 1860 studiren, ist ein solcher Vorwurf nicht weniger als begründet. Die Unthätigkeit Frankreichs ist weniger das Resultat der Piemont günstigen Meinungen, als das Ergebnis fremder Umstände und insbesondere des geringen Eifers, welchen der römische Hof bezeugte, der Hingebung des Tuilerienkabinetts reichzeitig einen Stützpunkt zu bieten. . . . Mgr. Dupanloup wird einwerfen, daß die Exortanz des Tuilerienkabinetts Angesichts des Einfalls in der Romagna nichtsbedeutender eine geschwundene und tadelswerthe Thatfache sei; — allerdings, wenn diese Thatfache vereinzelt, ohne die Ursachen, deren Wirkung es war, dargestellt wird. Was Mgr. Dupanloup nicht sagt, das ist, daß, als Frankreich sich damals und zum ersten Mal hinter der Nothwendigkeit des Nicht-Interventionprinzips verdeckte, es ohne Erfolg bereits alle Kombinationen einer Intervention zwischen Rom und Piemont erschöpft hatte. Obenan unter diesen Bestrebungen stehen die Präliminarien von Villafranca. . . . Oder wagt Mgr. Dupanloup, die Hand auf dem Herzen, heute noch zu erklären, daß der Papst Recht hatte, die Vorschläge von Villafranca nicht anzunehmen? Es ist außer Zweifel, daß, wenn Pius IX. diesem Vorschlag, wiederholt in Art. 18 des Züricher Vertrags, beigetreten wäre, der Kaiser gebunden war, die weltliche Souveränität ungeschmälert zu erhalten. Was aber konnte Frankreich thun, als es seine Pläne verworfen, durchkreuzt sah, durch Unwilligkeit, die bis zur dynastischen Opposition stieg? Es beschränkte sich auf eine negative Haltung; es protestirte gegen Turin und verzichtete darauf, Rom zu unterstützen, welches systematisch sich selbst nicht unterstützte. . . . Eine andere Beschwerde des Mgr. Dupanloup lautet: „Alles wurde aufgewendet, um den Papst zu verhindern, sich eine Armee zu schaffen.“ Konnte — wirft der Artikel dagegen ein — Frankreich eine Rekrutierung begünstigen, welche in eine Manifestation gegen seine Politik ausartete und über welche der römische Hof sich nicht täuschte, als er das Waffenministerium Hrn. Moreau und den Oberbefehl über die freiwilligen dem General Lamortiere übertrug? — Die schließliche Behauptung des Bischofs von Orleans endlich, daß die September-Konvention dem Aufgeben Roms, einem Verrathe der großen Prinzipien der Ehre gleich sei, — bezieht sich das „Memorial dip.“ als „Aberkennung des Wortes“ und weist auf die Interpellation des Hrn. Drouin de Lhuys vom 30. Okt. hin.

In Sachen der Familie Montmorency gegen Hrn. v. Talleyrand-Perigord hat sich das Seine-Tribunal inkompetent erklärt, zunächst weil die Verleihung von Adelsstiteln eine Kronprivilegie ist.

Die Börse eröffnete flau; im Lauf des Marktes hoben sich die Kurse namhaft, jedoch ohne die volle Besserung behaupten zu können. Rente bleibt 67.15, Cred. mob. 955, ital. Anl. 65.15.

Spanien.

Madrid. Man schreibt einem Blatt von Bilbao aus Panama unterm 21. Dec. 1864: Die peruanische Regierung hat vor kurzem den als den geschicktesten und tapfersten der peruanischen Seeleute bekannten Admiral Mariategni von England kommen lassen, wo er Dienste angenommen hatte. Man hat ihm den Befehl über das Operationsgeschwader angetragen, welches aus folgenden Schiffen besteht: Peruanische Dampfschiffe: Die Fregatte „Callao“, 30 Kanonen von 68; „Amazone“, 36 Kan. von 68 und 32; „Chalaco“, 4 Kan. von 68; „Peruñudi“, 2 Kan. von 68; „Tumbez“, 4 Kan. von 32; „Sachaepa“, 2 Kan. von 32; „Acania“, Segelbrigg 12 gezogene Kanonen von 16; „Loa“, gepanzert, 2 Kan. von 100; der gepanzerte Monitor „Vittoria“, 2 Kan. von 68. Ungeachtet der geringen spanischen Seemacht, die durch den Brand des „Erinso“ noch verringert worden ist, hat Admiral Mariategni es abgelehnt, es mit dem spanischen Geschwader als Befehlshaber aufzunehmen, obgleich er ganz bereit sei, dasselbe als gewöhnlicher

Seemann anzugreifen. Ein ausführlicher Bericht, der von dem Admiral und den Befehlshabern der peruanischen Schiffe unterzeichnet ist, konstatiert, daß aller Wahrscheinlichkeit nach das Resultat für das peruanische Geschwader unheilvoll ausfallen würde. Das Aktienstück, welches dem peruanischen Kongress in geheimer Sitzung mitgeteilt worden ist, hat die Senatoren und die Deputirten in Bestürzung versetzt; es blieb ihnen alsdann nichts Anderes übrig, als die Bevollmächtigten der anderen amerikanischen Staaten interveniren zu lassen.

Dem „Pueblo“ vom 31. Jan. zufolge hatten am 25. Dez. die Fregatten „Madrid“, „la Blanca“, „Berenguela“, „Revolucion“ und die Korvetten „Benedicta“ und „la Cavabonga“ vor den Chincha-Inseln Anker geworfen.

Madrid, 3. Febr. (W. T. B.) Nach der „Epoca“ wird Pareja von Chili wegen dessen Haltung in der peruanischen Frage Satisfaction verlangen.

Portugal.

* **Lissabon**, 2. Febr., Abends. Das englische Paketboot „Magdalena“, von Brasilien kommend, bringt durchaus keine wichtige Nachricht von La Plata. Der Graf und die Gräfin von Eu (Kronprinzessin und Thronfolgerin von Brasilien) sind an Bord der „Magdalena“, und begeben sich nach Southampton.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 29. Jan. (Nat.-Ztg.) Die bereits erwähnte Adresse der Moskauer Adelsversammlung soll nach dem „Wjest“, wie folgt, lauten:

Der heute geschilderte Adel von Moskau kann nicht umhin, Ew. Kaiserl. Majestät die Gefühle tiefster Ergebenheit und Dankbarkeit für Allerhöchstherrliche Initiative auszudrücken, welche immer auf das Wohl unseres Vaterlandes gerichtet ist. Wir sind bereit, Ew. Kaiserl. Majestät durch Wort und That zu unterstützen in der schwierigen, aber glorreichen Bahn, welche Sie gewährt haben. Wir sind überzeugt, daß Ew. Kaiserl. Majestät in dieser Bahn nicht stehen bleiben, sondern fortschreiten werden, indem Sie sich auf Ihren treuen Adel, auf das ganze Volk stützen werden. Die feste Einigkeit und die Integrität bilden die Macht unseres Vaterlandes. Indem Ew. Kaiserl. Majestät Ihr bis jetzt getrenntes Rußland vereinigen, es fest zusammenfassen und seine Heilrechte durch allgemeine Rechte ersetzen, werden Sie für immer die Möglichkeit der Aufstände und der Zwistigkeiten ausrotten. Die Provinzialinstitutionen, welche Ew. Kaiserl. Majestät zu neuem Leben zu berufen geruhten, sind bestimmt, in ihrer Fortentwicklung Rußlands Macht und Ruhm für immer zu befestigen. Mögen Ew. Kaiserl. Majestät geruhen, das Staatsgebäude, dessen Grundlagen Sie gelegt haben, zu vollenden, indem Sie eine allgemeine Versammlung von Delegirten aller russischen Regionen zur gemeinsamen Beratung der Gesamtbedürfnisse des russischen Reichs einberufen. Befehlen Sie Ihrem treuen Adel, zu diesem Zweck die vorzüglichsten Männer aus seiner Mitte zu wählen. Der Adel ist zu jeder Zeit die ergebenste Stütze des Thrones gewesen. Ohne auf den Staatsdienst zu rechnen, ohne von den Belohnungen, die derselbe bringt, Gewinn zu ziehen, alle ihre Pflichten zum Besten des Staats und der Ordnung erfüllend, werden die Mitglieder desselben, schon durch die an ihre Stellung im Reich geknüpften Verbindungen, berufen sein, die für die Nation so kostbare und für die gute Organisation der Grundlagen, auf welchen das Regierungsgebäude beruht, unentbehrlichen moralischen und politischen Prinzipien zu wahren. Durch dieses Mittel werden Ew. Kaiserl. Majestät die Bedürfnisse unseres Vaterlandes in ihrem wahren Lichte kennen lernen; sie werden das Vertrauen zur Regierung wieder herstellen, und die pünktliche Ausführung der Befehle durch Alle und Jeden, sowie deren Anwendung auf die Bedürfnisse des Landes erzielen. Die Wahrheit wird ohne Hinderniß zu den Stufen des Thrones gelangen; die inneren und äußeren Feinde werden verstummen, wenn die Nation, in der Person ihrer Vertreter, den Thron mit Liebe umgibt, fortwährend darüber wachen wird, daß von keiner Seite der Verrath sich einschleichen könne. Durchlauchtigster Kaiser! Der Adel von Moskau hat sich offenherzig vor Ew. Kaiserl. Majestät ausgesprochen, eingedenk seiner heiligen Pflichten als treue Unterthanen, und ohne andere Absicht, als dem allgemeinen Wohle nützlich zu sein. Wir haben es gethan in der vollen Ueberzeugung, daß unsere Worte den erhabenen Ideen und dem Geiste Allerhöchstherrlicher großen Reformen entsprechen.

Die vorstehende Adresse mag unverfänglich erscheinen, einzelne Ausdrücke derselben hinlänglich beweisen, daß die Verfasser einzelne, dem Monarchen sehr nahe stehende Persönlichkeiten mit ihrem Tadel direkt bezeichnen wollten. Was aber der ganzen Sache ihre wahre Signatur gibt, sind die bereits früher erwähnten Aeußerungen, in denen sich die persönlichen Anspielungen viel derber Luft machten. Die Sache wird natürlich noch immer viel besprochen. Die Annahme der Adresse zur Ueberreichung an den Kaiser ist von dem Generalgouverneur in Moskau verweigert worden. Inzwischen ist hier bereits eine Untersuchung eingeleitet, und der Prinz Dolenski ist zum Berichterstatter ernannt.

Griechenland.

* **Athen**, 2. Febr. Der dänische Prinz, Onkel des Königs, hat gestern die HH. Bulgariis, Maurocordato, Ericoupsis, Miaulis, Christides, Zaimas, Gaimas und Condurati zu sich berufen und sie um ihre Ansicht über die Lage des Landes befragt. Man hat ihm geantwortet, daß die Demission des Grafen Sponeck nothwendig sei. Der Graf beklagte sich hierauf beim König, welcher erklärte, das Ministerium genieße sein Vertrauen; sein Onkel habe ohne sein Vorwissen gehandelt und werde Samstag wieder abreisen. Es wird berichtet, Graf Sponeck habe seine Demission eingereicht.

Afrika.

Tunis, 24. Jan. (N. Z.) Der energischen Thätigkeit des Generals Jarul ist es gelungen, mit den Rebellen vollständig aufzuräumen. Die Araber zittern vor dem Rächer des Bey, der all ihr Eigenthum in Beschlag nimmt und die grausamsten körperlichen Züchtigungen über seine Gefangenen verhängt. Bemerkend, der „Bey des Volks“, ist auf algerisches Gebiet geflohen und der Gnade der Franzosen verfallen, welche ihn trotz der Forderung des wahren Bey wohl kaum ausliefern

werden, da sie die Erfolge des Generals Jarul nur ungern gesehen zu haben scheinen. Der andere Rebellenhäuptling, Benda, war zu 1200 Stückreichen verurtheilt. Als die Handlung schon vor dem ganzen Hof im Gang war, traf es sich, daß der Mezin die Stunde des Gebets verkündigte, und den Bey bat, als Stellvertreter Allahs barmherzig zu sein, wie dieser. Um an der Ehre seines Vikariats keinen Zweifel zu lassen, gewährte der Bey Gnade.

Amerika.

* **Neu-York**, 21. Jan. Der Kriegsminister Stanton, welcher von Savannah nach Washington zurückgekehrt ist, bringt die Nachricht mit, daß alle in Savannah vorgefundene Baumwoll-Eigenthum der Regierung sei und daß schon Anstalten getroffen worden seien, sie nach Norden zu verschiffen. Ein georgisches Blatt sagt, es befänden sich in der eroberten Stadt 150,000 Ballen Baumwolle, wovon drei Viertel Ausländern angehören. Der Handelsverkehr in Savannah ist sehr begrenzt. Etwas 200 Einwohner haben sich in den Bereich der südstaatlichen Linien begeben; Sherman gewährte ihnen alle mögliche Hilfeleistung zur Ausführung ihres Vorhabens. Es wiederholt sich die Angabe, daß Sherman durch Süd- und Nord-Carolina nach Virginien marschiren wolle, um sich mit Grant zu vereinigen. Dem „Herald“ zufolge seien Beauregard, Hardee, Hood, Bragg, Cobb und Smith im Begriff, an einem Punkt zusammenzutreffen und Sherman die Spitze zu bieten. Auch verlautet, an Hood's Stelle sei Joe Johnston als Armeekommandeur getreten. Wie die „New-York News“ wissen will, haben die Südstaatlichen schon 200,000 Neger in Instruktionslagern, um sie für den Sommer-Feldzug einzuprepariren. — Es ist ein Brief des Präsidenten Davis, datirt vom 17. November, an die Mitglieder der Legislatur von Georgien veröffentlicht worden. Davis spricht sich in demselben sowohl gegen das Vorgehen einzelner Staaten, als auch gegen eine Konvention der Staaten in Bezug auf die Friedensfrage aus, und bemerkt weiterhin: es sei viel einfacher und gebräuchlicher, vornehmlich um Abschluß eines Friedens zu unterhandeln, als um die Ernennung von Kommissären, welche ohne jede andere Befugniß, als Vorschläge zu machen, zusammenzutreten würden. Im südstaatlichen Senat herrschte Meinungsverschiedenheit über die Zweckmäßigkeit der Abwendung von Friedenskommissären. Hr. Orr aus Süd-Carolina sprach sich entschieden für dieselben aus; Andere nannten es Verrath, zu dem Feind in Beziehung zu treten. Hr. Orr erwiderte, sowohl das Land wie die Arme werde derartige Schritte unterstützen; beim die Frage in Betreff des Wiedereintritts in die Union habe damit gar nichts zu schaffen. Der Süden habe es in seiner Hand, dem Norden ein Interesse an der Anerkennung der Unabhängigkeit des Südbundes zu geben. Derselben aus Washington zu melden, Blair sei zur Ausstufung von Pässen an südstaatliche Kommissäre bevollmächtigt. — Der nordamerikanische Konsul in der Havana hat erfahren, daß die Südstaatlichen mit dem Gedanken ausgehen, St. Marks in Florida (wohl irrthümlich für St. Marys in Georgien, an der Grenze von Florida) zu einem neuen Hafen für Drogahandlung zu machen. Die Regierung beabsichtigt, ein europäisches Geschäftshaus unter Contradmiral Goldsborough zu bilden und das brasilische, sowie das ostindische Geschwader zu verstärken. Es tauchen Gerüchte auf, als werde Präsident Lincoln im nächsten März das Mexikanische Kaiserreich anerkennen.

* **Santiago de Cuba**, 8. Jan. (via Cadix.) Das Paketboot „Tampico“ der allgemeinen transatlantischen Compagnie hat in unserm Hafen Lebensmittel eingenommen und ist nach Vera-Cruz weiter gegangen. Die Gesundheit seiner zahlreichen Militär- und Zivilpassagiere fährt fort, ausgezeichnet zu sein.

* **Mexiko**, 27. Dez. Die Organisation der innern Verwaltung schreitet fort; der Kaiser hat kürzlich acht der hervorragendsten Männer zu Ehrenmitgliedern des Staatsrathes ernannt, wie Hrn. Cuitas, vormalig Minister des Auswärtigen, Bischof Carpena, und den früheren Präsidenten des obersten Gerichtshofes, Hrn. Monjarin. Das Finanzkomitee soll dem Kaiser ein normales und gewöhnliches Budget zur Höhe von 30 Millionen Piaster vorgelegen haben; doch ist man der Ansicht, daß diese Summe, um sowohl innern als äußern Bedürfnissen in größerm Maße zu genügen, auf 40 Millionen erhöht werden müsse, — eine Summe, welche mit den Hilfsquellen des Landes im Einklang stehe. Das gemischte Komitee, welches die französischen Ansprüche zu prüfen hat, fährt in seinen Arbeiten emsig fort, und man zweifelt nicht, daß es die Interessen beider Länder mit unparteiischer Gerechtigkeit wahrnehmen wird. Der Minister der öffentlichen Arbeiten unterstützt die Bemühungen des Kaisers eifrig. Gegenwärtig ist er damit beschäftigt, den wichtigsten Plan einer neuen territorialen und administrativen Eintheilung des Landes in's Werk zu setzen. Die ungeheure Ausdehnung der Staaten und die Schwierigkeit des gegenseitigen Verkehrs stellen einer geordneten Regierung große Hindernisse in den Weg. Höchst wahrscheinlich wird das französische System, die Eintheilung in kleinere Departemente, bald angenommen werden. Seit längerer Zeit war es schon von so urtheilsfähigen Männern, wie Maman und Arangoiz, den früheren Kabinettsmitgliedern, empfohlen worden; Hr. Drozco hat einen Bericht über diesen Gegenstand verfaßt und dem Kaiser vorgelegt. Ferner sind bedeutende Verbesserungen in der Organisation der Magistratur und ein umfassender Plan öffentlicher Erziehung für alle Klassen in Erwägung gezogen worden.

Vermischte Nachrichten.

— **Stuttgart**, 2. Febr. (St.-A.) Nachdem in letzter Zeit die Errichtung eines großen Aktien-Bankinstituts dahier vielfach in der Presse erörtert worden, fand heute eine Versammlung der Handel- und Gewerbetreibenden des Landes hier statt, um über diese Frage zu berathen. Derselbe entschied sich zu Gunsten einer Bank mit Notenemission (Zettelbank) und beauftragte den Ausschuß des württembergischen Handelsvereins, weitere Schritte in der Sache zu thun. Es handelt sich hauptsächlich um die Konzession zur Notenausgabe. Die

Gegner der Zettelbank gründen nun selbständig eine Disconto- und Kreditbank unter dem Namen „Stuttgarter Vereinsbank“ mit einem Kapital von 5 Mill. Gulden. Die Frage vom Bedürfniß einer großen Aktienbank wird von den Industriellen einstimmig bejaht.

— In Köln ist ein Komitee zusammengetreten, um in den Tagen vom 15. Mai bis 1. Juni d. J. eine internationale Ausstellung von Maschinen, Geräthen und Erzeugnissen des Gartenbaues und der Land- und Forstwirtschaft zu veranstalten. Das Komitee besteht unter dem Vorsth des Oberbürgermeisters Bachem und des Hrn. Ed. Dyppeheim aus den namhaftesten Persönlichkeiten der Stadt.

— **Gotha**, 31. Jan. (N. C.) Der von der kurfürstl. Polizei in Hanau ausgewiesene deutschkatholische Prediger Viron hat vorläufig seinen Wohnsitz in hiesiger Stadt genommen.

— Zum deutschen Schützenfest sind nachstehende Ehrengaben zum nebenbemerkten Werth in Thalern Gold bis zum 21. Jan. in Bremen angemeldet: 1) G. H. Schmidt in Börsed ein neu silbernes Schreibezeug, Werth ca. 5 Thlr. 2) Schützenverein in Herzberg ein deutscher Bundesstutzen, 50 Thlr. 3) Schützengesellschaft in Mainz ein Waffenschrank, 200 Thlr. 4) Karl Kay in Bremen Robell einer Norddeutsche Schallpfeife, 50 Thlr. 5) Minibener Schützenverein eine Ehrengabe, saar 40 Thlr. 6) Durch Hrn. Oberstlieutenant Fabricius in Frankfurt eine Ehrengabe, welche bei dem ersten deutschen Bundesfesten in Frankfurt nicht verabreicht werden konnte, ein silbernes Trinkhorn von den Abgeordneten in Berlin, 44 Thlr. 7) Durch Hrn. Fabricius desgl. wie oben eine Ehrengabe, ein Stutzen von den Deutschen in St. Gallen, 35 Thlr. 8) Durch Hrn. Fabricius desgl. wie oben eine Ehrengabe, eine graue Marmorvase von der Schützengesellschaft in Zstein (Rastau), 12 Thlr. 9) Durch Hrn. Fabricius desgl. wie oben eine Ehrengabe, ein Stutzen von der Schützengesellschaft in Karlsruhe, 37 Thlr. Summa 473 Thlr.

— **Berlin**, 2. Febr. Heute Morgen wurden die beiden Söhne des Dr. Müller im Alter von 18 und 16 Jahren, die am Abend vorher noch das Geburtstagsfest ihrer Mutter mitgefeiert hatten, betäubt im Bett gefunden. Den Anstrengungen der sofort herbeigerufenen Aerzte gelang es, den ältern in's Leben zurückzurufen; der jüngere dagegen, ein talentvoller Bögling des f. Friedrich-Wilhelms-Gymnasiums, erwachte nicht wieder. Wie man erzählt, hat auch dieses schwere Unglück seinen Grund in der zu frühen Schließung der Fensterklappe.

— **Berlin**, 3. Febr. Der Ausweis der preussischen Bank zeigt einen Baarvorrath von 67,737,000 Thlr. (Zunahme 4,361,000 Thlr.), Papiergeld 2,375,000 Thlr., Wechselbestände 62,469,000 Thlr. (Abnahme 3,344,000 Thlr.), Lombardbestände 11,180,000 Thlr., verschiedene Aktiva 16,155,000 Thlr., Notenumlauf 110,828,000 Thlr. (Abnahme 2,975,000 Thlr.), Depositen 23,019,000 Thlr., und Staats- und Privatguthaben 2,267,000 Thlr.

— **Magdeburg**, 1. Febr. Das Stadtgespräch beschäftigt sich seit gestern mit dem grauenhaften Doppelmord, welcher zu Anfang Januar vorigen Jahres in Barleben an dem Rentner Gruson und seiner Wittwe verübt wurde. Nachdem die Thätigkeit der Behörden ein ganzes Jahr lang vergeblich bemüht gewesen war, dem oder den Thätern auf die Spur zu kommen, soll dies nunmehr gelungen sein. Ein früher bankrott gewordener Gastwirth, der in den letzten Jahren in Barleben in einer Zuderfabrik als Aufseher fungirte und schon unmittelbar nach verübter That so starken Verdacht auf sich gelenkt hatte, daß er gefänglich eingezogen worden war, aber wegen Mangels zureichender Beweise wieder entlassen werden mußte, soll gestern nebst seiner Frau abermals verhaftet worden sein. Wie man sich erzählt, ist bei demselben seit jenem Mord, wo ihn die Behörden nicht aus den Augen verloren haben, eine unerklärlich günstige Veränderung seiner Vermögenslage beobachtet worden, und dabei soll er in den jüngsten Tagen bei einem Kaufgeschäfte einen 100-Thaler-Schein produziert haben, dessen Nummer sich unter denen befindet, welche im Besitz des gemordeten Rentners Gruson gewesen sein sollen.

— **Wien**, 2. Febr. Der Ausnahmestausand der Lemberger Universität ist aufgehoben.

* Den neuesten finanziellen Berichten aus Neu-York zufolge zeigt sich in manchen Kreisen eine unruhige Stimmung wegen der Folgen, welche eine weitere Emission von Bonds, deren Zinsen in Gold zahlbar sind, nach sich ziehen würde. Die Staatsschulden, deren Zinsen in dieser Weise abgetragen werden müssen, belaufen sich schon auf 210 Mill. Pfd. St., die jährlich eine Summe von 12,200,000 Pfd. St. in Gold erforderlich machen, und dieser Betrag wird sich binnen der nächsten drei Jahre auf 250 Mill. Pfd. St. erhöhen mit 14,600,000 Pfd. St. jährlicher Zinsen. Die den Bondsinhabern garantierten Zolleinkünfte schlug Hr. Jessenden für dieses Jahr auf 14 Mill. Pfd. St. an, doch erwartet man jetzt einen so hohen Ertrag bei weitem nicht mehr. Die Regierung würde sich somit in der Nothwendigkeit sehen, auf offenem Markt Gold einzukaufen, wodurch natürlich das Agio sofort in die Höhe geschmettert werden müßte. Außerdem müssen aus den Zolleinkünften noch jährlich weitere 4 Mill. Pfd. St. als einprozentiger Tilgungsfonds der Staatsschulden entnommen werden, so daß also, wenn sofort die Emission solcher Bonds, deren Zinsen in Gold zu zahlen sind, eingestellt würde, schon über 17 Mill. Pfd. St. Gold jährlich angeschafft werden müßten, zu denen die Zolleinkünfte keinesfalls mehr als 12 Mill. stellen würden.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

3. Febr.	Baromet.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung
Morgens 7 Uhr	27"	243"	+ 4.2	S.W.	ganz brw. trüb, regnerisch
Mittags 2 "	"	210"	+ 6.0	"	"
Nachts 9 "	"	254"	+ 5.0	"	"

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Krosenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 5. Febr. 1. Quartal. 19. Abonnementsvorstellung. **Die Zauberflöte**; Oper in 2 Akten, von Mozart. **„Pamina“** — Fräul. Thoma aus München, zum zweiten theatralischen Versuch.

Dienstag 7. Febr. 1. Quartal. 20. Abonnementsvorstellung. **Günstige Vorzeichen**; Lustspiel in 1 Akt, von R. Benedix. Hierauf: **Eine fränke Familie**; Schwank in 3 Akten, von G. v. Moser und Drost.

3.8.742. Bruchsal. Entfernten Freunden und Bekannten theilen wir die traurige Nachricht mit, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsern lieben Sohn und Bruder, Richard Felder, Pfarrerverweiser zu Wahlberg, gestern Abend 5 1/2 Uhr, im Alter von 42 Jahren, nach längerem schmerzlichen Leiden in ein besseres Jenseits abzurufen.

Wir bitten um stille Theilnahme. Bruchsal, den 31. Januar 1865. Im Namen der Hinterbliebenen: Frzd. Felder.

3.8.746. Sinsheim. Verwandten und Freunden theilen wir die schmerzliche Nachricht von dem nach längerem herbem Leiden erfolgten Ableben unserer guten Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Johann Adam Frank Wittwe, Wilhelmine, geb. Ziegler, mit. Sie starb am 2. Febr., Morgens gegen 5 Uhr, nach zurückgelegtem 74. Lebensjahre. Wir bitten um stille Theilnahme. Sinsheim, den 3. Februar 1865. Die Hinterbliebenen.

3.8.685. Im Laufe dieses Frühjahrs erscheint: Das badische Landrecht mit Einfluß der noch geltenden Titel IX, X, XI u. XII des als Anhang zum Landrecht verkündeten Handelsrechts annotirt nach den Entscheidungen der bad. Gerichtshöfe und der bad. Doctrin von K. Kab, großh. bad. Oberamtsrichter. Ergänzungsheft.

Nachdem seit Erscheinen der ersten Lieferung dieses Werkes mehr als 8 Jahre umflossen sind, hat es der Hr. Verfasser, um dasselbe brauchbar zu erhalten, für ein Bedürfnis erkannt, den bisher in der bad. Literatur reichlich angewachsenen Stoff mit den durch das neue Gesetz über die Rechtspflege eingetretenen Änderungen in einem Ergänzungshefte erscheinen zu lassen. Wir machen die Besitzer des Werkes vorläufig hierauf aufmerksam. Freiburg, im Januar 1865.

Literarische Anstalt. Die unterzeichnete Buchhandlung empfiehlt ihr Central-Bureau für Inserate zur Vermittlung von Anzeigen in alle deutsche, französische, englische, holländische, belgische, dänische, schwedische, norwegische, russische, schweizerische, italienische u. s. w., größere und Lokal-Zeitungen zu Originalpreisen. Die größeren Aufträge wird ein entsprechender Rabatt bewilligt, ebenso über Insertion der Beleg geliefert. Voranschläge und Zeitungsbezeichnungen gratis. S. S. Unsere neuesten ausführenden Zeitungskataloge senden wir gegen franco-Einsendung von 12 fr. oder 3 Sar. franco. Jaeger'sche Buch-, Papier- & Landkarten-Handlung, Frankfurt a. M., Domplatz 8.

3.8.681. Gesucht wird ein Accidenzdrucker zur Ausbülfe, vielleicht auch auf Dauer, zu sofortigem Eintritt. Frankfurter Offerten besorgt die Expedition dieses Blattes.

3.8.709. Pforzheim. Barbiergehilfe, ein gewandter, welcher sogleich oder doch in kurzer Zeit eintreten könnte, wird gesucht. Herrmann Oberle, Chirurg.

3.8.602. Karlsruhe. Lehrhülfs-Gesuch. In der Gravir-Anstalt von F. Kab in Karlsruhe können 1-2 gut geübte junge Leute sogleich oder kommende Oftern unter günstigen Bedingungen in die Lehre aufgenommen werden.

3.8.687. Empfehlung. Die Unterzeichneten empfehlen ihre Düngerpräparate, als: gekämpftes und gedämpftes Knochenmehl, Superphosphat, Weinberg- und Wiesendünger. Preislisten liegen franco zu Diensten. Chemische Fabrik bei Karlsruhe, Otto Pauli.

3.8.735. Offenburg. Gasthaus-Verkauf. In einer vortheilhaften Stadt Baden's, mit dem Sitze eines Kreis- und Hofgerichts, ist ein in einer der frequentesten Straßen befindliches, sehr besuchtes Gasthaus mit Realwirthschaftsrecht, schönem Tanzsaal, gewölbten Kellern und Dekonomiegebäuden, mit oder ohne Inventar, unter sehr günstigen und billigen Bedingungen Familienverhältnissen halber aus freier Hand zu verkaufen. Nähere Auskunft erteilt Das öffentliche Geschäftsbureau J. P. Demuth in Offenburg.

Allgemeine Versicherungs-Gesellschaft für See-, Auf- und Landtransport in Dresden. In den bevorstehenden Ausstellungen in Dublin und Porto übernimmt die Gesellschaft die Transportfahrten zu Wasser und zu Lande tour & retour einschließlich der Feuergefahr während der Ausstellung zu billiger Prämie. Mannheim, den 30. Januar 1865. 3.8.644.

3.8.666. Dr. Wilhelm Jordan beginnt den zweiten Cursus seiner Vorträge, der eine Skizze der ausgefallenen und die acht Schlusssätze seines Nibelungen-Epos, Egidridsage, umfassen, und auch für neuzuhutretende Hörer verständlich sein wird, Montag 6. Februar, 6 1/2 bis 8 U. A., im Foyer des großherzoglich. Hoftheaters. Abonnementkarten, auf vier Abende gültig, für Eine Person à 2 fl., für Zwei Personen à 3 fl. 30 fr., und Einzelkarten à 48 fr. sind zu haben in der Hofbuchhandlung des Herrn Viefelsh. Kassapreis 1 fl.

3.8.741. Karlsruhe. Aufforderung. In Folge des Austritts des Herrn Otto Fecht in Jahr aus dem Verwaltungsrath der Familienstiftung der Frau Auguste Bodemer wird hiermit eine Ersatzwahl angeordnet, und unter Bezugnahme auf die §§. 8, 9 u. 10 des Statuts an die stimmberechtigten Familienmitglieder die Aufforderung erlassen, innerhalb 4 Wochen ihren Wahlszettel, mit Ort, Datum und Unterschrift versehen, unter der Adresse: An den Verwaltungsrath der Bodemer'schen Stiftung zu Händen des Sekretärs Fecht in Karlsruhe Wahl betr. einzufenden. Karlsruhe, den 3. Februar 1865. Der Verwaltungsrath der Familienstiftung der Frau Auguste Bodemer.

3.8.661. 3% österr. Staatsbahn-Prioritäts-Obligationen können von heute an zur Erhebung neuer Couponsbogen bei mir eingereicht werden. Karlsruhe, den 1. Februar 1865. Veit L. Homburger, Bähringerstraße 79.

3.8.418. Hammerwerk Söllingen bei Durlach. Eisen- und Stahl-Hammer- und Schleifwerk. Unterzeichnete empfehlen ihr best eingerichtetes Hammerwerk zur Fabrication von Holzbohlen-Eisen, als Nadeln, Nägel, Radschuhe, Pflugschare von Eisen und Stahl nach Modell, Maschinentheile aller Art; Feld- und Schneidgeräthe, Fleischhaken für Metzger, sowie Werkzeuge jeder Art; geschmiedete Kesselscheiben für Dampfessel und Ziegelstein nach Modell und Zeichnung. Ferner in der Schleiferei, als: Feilen, Gerste, Maschinentheile und alle vorkommende Gegenstände, unter Zusicherung rascher Effectuierung und billiger gefesteter Preise. Hammerwerk Söllingen bei Durlach. Gebrüder Schmidt.

Nothgerberei-Verkauf. 3.8.588. Eine rentable und gut eingerichtete, mit hinlänglicher Wasserkraft versehene Nothgerberei- und Dekonomie-Einrichtung ist wegen Geschäftswandlung unter annehmbaren Bedingungen billig zu verkaufen. Dieses Geschäft wird durch mechanische Einrichtung betrieben, und können hinsichtlich der vorthellhaftesten Einrichtung und guter Wasserkraft noch andere Maschinen angebracht werden, und liegt in einer der besten Lagen im Secreß-Wadens, wo der Lederverkauf in detail sehr gut und bezüglich der Einrichtung weniger Konkurrenz zu befürchten ist. Nähere Auskunft erteilt hierüber die Expedition dieses Blattes. Karlsruhe, den 2. Februar 1865.

3.8.724. Raffart. Dielen-Lieferung. Die Lieferung von 200 Stück halbreinen, 15' langen, 9" breiten, 12" dicken tanneinen Schlußdielen, 300 Stück halbreinen, 15' langen, 9" breiten, 7" dicken, tanneinen, einfachen Dielen und 200 Stück 15' langen Dachlatten wird am

3.8.678. Karlsruhe. Bekannmachung. Mit höherer Genehmigung wird Mittwoch den 8. d. M., Morgens 10 Uhr, in dem nördlichen Erdbrünnengarten das Gebäude, worin seit der Alterthümer aufgestellt waren, noch einigen andern kleineren Gebäuden, auf den Abbruch veräußert. Die Steigerungsliebhaber werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß diese Gebäude von heute an bis den nächsten Mittwoch eingelassen werden können, und die Bedingungen bei dem in dem Pavillon wohnenden Diener aufzulegen. Karlsruhe, den 2. Februar 1865.

3.8.721. Karlsruhe. Commissions-Verhandlung. Die Lieferung folgender Holzsanittwaaren, als: 350 Stück 15' langen, 9" breiten, halbreinen tanneinen Schlußdielen, 250 desgl. gewöhnlichen Schlußdielen, 300 desgl. halbreinen einfachen Dielen, 450 desgl. 15' langen, 8" breiten, tanneinen Dielen, 100 desgl. 15' langen, 2" starken, tanneinen Rahmstengel, 300 desgl. 15' langen, 2" breiten, tanneinen Dachlatten, 800 desgl. 5' 3" langen, 9" breiten, 23" dicken, tanneinen oder sortierten Stallboden-dielen wird

Montag den 13. d. Mts., Vormittags 10 Uhr, im Garnisonsbureau, woselbst die Lieferungsbedingungen zur Einsicht aufgelegt sind, im Commissionswege vergeben; wozu die lufthabenden Holzlieferanten hiezu eingeladen werden. Karlsruhe, den 3. Februar 1865. Großh. bad. Garnisons-Kommandantchaft. 3.8.737. Nr. 4179. Karlsruhe. Steinkohlen-Lieferung. Der Jahresbedarf der diesseitigen Eisenbahnbetriebs-Verwaltung an Steinkohlen, bestehend in 600,000 Ctr., soll vergeben werden. Lieferungsofferten, unter welchen sich die Verwaltung selbstverständlich die freie Wahl vorbehält, werden bis zum 20. d. Mts. einschließlich bei unterzeichneter Stelle entgegengenommen. Karlsruhe, den 3. Februar 1865. Direction der großh. Verkehrsanstalten. Zimmer. Merteel.

Table with columns for location (Frankfurt, 3. Februar 1865), Staatspapiere, and Anleihen-Loose. It lists various financial instruments and their values.

Die General-Agentur: Rabus & Stoll. Donnerstag den 16. Februar d. J. Vormittags 10 Uhr, in Afford gegeben.

Die zu dieser Lieferung lufthabenden Holzändler werden hiermit aufgefordert, ihre schriftlichen Angebote bis zur obigen Stunde auf dem großh. Kontingentsbureau (Schloßkammer Zimmer Nr. 6) abzugeben, woselbst die näheren Bedingungen zur Einsicht aufzulegen. Raffart, den 1. Februar 1865. Großh. Kontingents-Kommando. Deforme, Oberh.

3.8.739. Nr. 117. Graben. (Stammholz-Versteigerung.) Aus den diesseitigen Domänenverwaltungen werden veräußert, Mittwoch den 15. l. M. in der Büchsenauer-Gardel, Abth. 10 u. 12, mit Zusammenkunft früh 9 Uhr auf dem langen Rißthweg beim kalten Böhle: 114 Stämme Eichen, Holländer, Nuss- und Eichenholz; 11 St. Eichen, 11 St. Rothbuchen, 5 St. Weißbuchen und 15 St. Erlen, Nussholz.

Donnerstag den 16. l. M. im Kammerforst, Abth. 1, 3 und 8, mit Zusammenkunft früh 9 Uhr auf der Hauptallee bei Nr. 1 Rißthweg: 134 Stämme Eichen, Holländer, Nuss- und Eichenholz; 10 Stämme Rothbuchen, 1 St. Weißbuchen, 16 St. Eichen und 5 St. Erlen Nussholz. Graben, den 2. Februar 1865. Großh. bad. Bezirksforst. Menzer.

3.8.843. Nr. 1061. Eitenheim. (Aufforderung.) Bei der am 5. Dezember v. J. stattgehabten Aushebung der pro 1865 konfiskationspflichtigen Mannschaft sind 1) Gustavus Anselm von Ruß, Loos Nr. 17; 2) Albert Emil Duna von Kippenheim, Loos Nr. 62; 3) Johann Adolph Neß von Ringheim, Loos Nr. 17; 4) Isaak Kabn von Ruß, Loos Nr. 79; 5) Israel Bollat von Ruß, Loos Nr. 82; 6) August Glay von Mühlenthal, Loos Nr. 94; 7) Wilhelm Bronnentant von Ruß, Loos Nr. 102; 8) Andreas Ohnemus von Schweighausen, Loos Nr. 111; 9) Friedrich Vesper von Kappel, Loos Nr. 133; 10) Robert Schlegel von Ruß, Loos Nr. 134; 11) Alois Wilharz von Schweighausen, Loos Nr. 147.

welche das Loos zum Einrücken in das großh. Militär getroffen, unerlaubt ausgegeben. Dieselben werden hiermit aufgefordert, sich längstens binnen 4 Wochen darüber zu stellen, bei Vermeidung, daß nach fruchtlos umlaufener Frist die Ausgegebenen als Rekrutäre behandelt und das gerichtliche Verfahren gegen dieselben beantragt, auch daß sie ferner des Staatsbürgerrechts verlustig erklärt werden würden. Eitenheim, den 1. Februar 1865. Großh. bad. Bezirksamt. Schneider.

3.8.838. Nr. 1375. Fabr. (Ausschluß-erkenntnis.) In der Gant des H. Maurers Georg Erhardt von Dinglingen werden alle Diebstahle, welche in der Schuldenregulierungs-Zugfahrt ihre Forderungen nicht angemeldet haben, damit von der vorhandenen Masse ausgeschlossen. Fabr, den 30. Januar 1865. Großh. bad. Amtsgericht. Wilden.